

Pressemitteilung

Gesundheitskompetenz: Probleme beim Beschaffen und Einordnen von Informationen

Terminvergabe erweist sich weiter als Zugangshürde

Berlin, 04.07.2022

Viele Menschen haben weiter große Probleme, qualitativ hochwertige und gesicherte Gesundheitsinformationen zu bekommen und zu bewerten. Das hat eine aktuelle repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag des AOK-Bundesverbandes unter 2.000 Bundesbürgern ergeben. Für rund zwei Drittel der Befragten ist es eher schwierig oder sogar sehr schwierig zu beurteilen, ob Gesundheitsinformationen vertrauenswürdig sind. Auch das Finden von Informationen zu Unterstützungsangeboten bei psychischen Problemen wird von knapp zwei Drittel als schwierig oder sehr schwierig eingeschätzt.

„Die Schwierigkeit, gesicherte Gesundheitsinformationen zu bekommen, ist bei vulnerablen Gruppen noch stärker ausgeprägt“, betont Dr. Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes. So haben Personen mit schlechterem Gesundheitszustand tendenziell häufiger Probleme bei Beschaffung und Beurteilung gesundheitsrelevanter Informationen als der Durchschnitt. Chronisch kranke Menschen berichten auch etwas häufiger über Schwierigkeiten bei der Suche nach professioneller Hilfe. Und Jüngere haben laut Umfrage überdurchschnittlich oft Probleme zu beurteilen, ob eine ärztliche

Zweitmeinung sinnvoll wäre. „An diesen Ergebnissen zu speziellen Gesundheitskompetenzen zeigt sich wieder einmal die Benachteiligung vulnerabler Gruppen, die es in dieser Spanne nicht geben sollte“, betont Reimann.

Nach Gründen gefragt, warum es in den letzten zwölf Monaten nicht möglich gewesen sei, einen Arztbesuch oder eine medizinische Behandlung zu bekommen, antworteten über ein Drittel (34 Prozent), dass es keinen freien Termin gegeben habe. Bei Menschen mit schlechtem oder sehr schlechtem Gesundheitszustand gaben das sogar 54 Prozent an. Zwölf Prozent nannten als weiteren Grund, weshalb sie einen Arzttermin oder eine medizinische Behandlung nicht wahrnehmen konnten, dass die benötigte Behandlung in der näheren Umgebung nicht erhältlich gewesen sei. Weil sie es sich finanziell nicht leisten können, geben immerhin drei Prozent als Ursache an. Unter Personen mit schlechtem Gesundheitszustand sind es sogar zehn Prozent. Als Beispiele nennt diese Gruppe unter anderem Untersuchungen oder Behandlungen bei Ärzten, Zahnärzten sowie Kieferorthopäden – obwohl diese im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung nur zu geringen Teilen zuzahlungspflichtig sind bzw. für sozial schwächere und chronische kranke Menschen Zuzahlungsgrenzen gelten.

„Auch strukturelle Zugangshürden führen im Gesundheitswesen weiterhin zu schlechteren Gesundheitschancen. Dagegen müssen wir gezielt vorgehen“, fordert Reimann und ergänzt: „Die Menschen erwarten einen schnellen, barrierefreien Zugang zu guter Gesundheitsversorgung – unabhängig von Geschlecht, Alter, Sprache, Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Erkrankung, Wohnort oder sozialem Status. Tatsächlich zählt aber soziale Benachteiligung schon in frühester Kindheit weiterhin zu den wesentlichen gesundheitlichen Risikofaktoren.“ Um gesundheitliche Teilhabe insbesondere in strukturschwachen Gebieten zu verbessern und unterschiedliche regionale Handlungsbedarfe - ob im ländlichen Raum oder in sozialen Brennpunkten - zu berücksichtigen, brauche es einen verlässlichen Rahmen für die Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure vor Ort. Gemeinsam mit den Kommunen gelte es neuartige Angebote wie Gesundheitszentren oder Gesundheitskioske zu schaffen.

Untersuchungsdesign:

Die Befragung wurde durch das Meinungsforschungsinstitut forsa vom 27. April bis 20. Mai 2022 in Privathaushalten unter Erwachsenen in Form von Telefoninterviews durchgeführt. Zum ersten Teil über Themenprioritäten, Zufriedenheiten insgesamt und mit Infrastruktureinrichtungen vor Ort, Einstellungen zu verschiedenen Angeboten der Gesundheitsversorgung und Entscheidungsfaktoren wurden im Rahmen der AOK-Initiative „Stadt.Land.Gesund.“ bereits zwei Vorgänger-Befragungen von Anfang 2019 sowie Mitte 2020. Der Teil zur Corona-

Pandemie wurde erstmals in der Befragung 2020 miterhoben. Der Teil zur Beschaffung und Beurteilung von gesundheitsrelevanten Informationen und Arztbesuchen ist im Befragungskontext „Stadt.Land.Gesund.“ in diesem Jahr neu hinzugekommen.

„AOK im Dialog“ zur Gesundheitsversorgung vulnerabler Gruppen

Zur besseren Gesundheitsversorgung vulnerabler Gruppen veranstaltet der AOK-Bundesverband am 5. Juli 2022 von 18:30-20:00 Uhr in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Berlin einen Polit-Talk. Titel: „Zugehen, nicht übergehen“. Teilnehmen werden unter anderem die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dagmar Schmidt (SPD), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen) Sepp Müller (CDU/ CSU). Die Veranstaltung kann per Livestream online verfolgt werden: https://www.aok-bv.de/engagement/aok_im_dialog/